



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 131-2022
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2022.RRGR.225

Eingereicht am: 14.06.2022

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Remund (Mittelhäusern, Grüne) (Sprecher/in)
Kohler (Meiringen, Grüne)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Haltung des Regierungsrats zum Rettungsschirm für Stromkonzerne

Der Bund plant einen Rettungsschirm für Stromkonzerne. Dieser wurde aufgrund der Verwerfungen im Strommarkt und der Finanzprobleme der Alpiq vorgeschlagen. Er soll 10 Mrd. Franken umfassen. Ein Stopp der Gaslieferung seitens Russlands würde die Preise noch höher steigen lassen.

Der Regierungsrat äussert sich kritisch in der Vernehmlassung des Bundes (4. Mai 2022¹). Die BKW lehnt den Rettungsschirm ab. Gemäss Jahresbericht sei sie aufgrund der Reserven und der Liquidität (rund 1 Mrd. Franken per 1. Januar 2022²) genügend robust aufgestellt. Der Rettungsschirm sei zudem ein Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit und komme einer schleichenden Verstaatlichung gleich.

Aufgrund der Kritik hat der Bundesrat die Vorlage angepasst für die Behandlung in den Räten (Botschaft³). Grosse Energieversorger sollen nicht zwangsläufig dem Rettungsschirm untergeordnet werden, wenn die Besitzerinnen und Besitzer – im Fall der BKW zu 52,5 Prozent der Kanton Bern – für die Rettung aufkommen können und wollen.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie steht der Regierungsrat zum Rettungsschirm (gemäss Botschaft vom 18. Mai 2022)?
2. Teilt der Regierungsrat die Haltung der BKW oder kommt er zu einem anderen Schluss?

¹ <https://www.rrgr-service.apps.be.ch/api/rr/documents/document/66d7fa568bf14ea69d87d582ab14942d-332/8/Beilage-Antwortformular-04.05.2022-de.pdf>

² https://www.bkw.ch/fileadmin/user_upload/04_Ueber_uns/04_03_Investoren/Berichte_Praesentationen/2021/GB21/Geschaeftsbericht_Deutsch_Web.pdf

³ <https://www.bfe.admin.ch/bfe/de/home/news-und-medien/medienmitteilungen/mm-test-msg-id-88855.html>

3. Ist die Haltung der BKW durch den Vertreter im Verwaltungsrat oder direkt mit der Regierung abgesprochen?
4. Wäre der Regierungsrat bereit, die BKW zu retten?
5. Wenn nicht, wird er via Verwaltungsrat Einfluss nehmen, damit sich die BKW unter den Rettungsschirm begibt?
6. Ist das Vorgehen mit anderen grösseren Aktionären abgesprochen?
7. In welchem gesetzlichen Rahmen müsste eine solche Rettung abgewickelt werden?
8. Aus welchen Mitteln könnte eine solche Rettung finanziert werden?
9. Welche Auswirkungen hätte eine solche Rettung auf die Kantonsfinanzen?

Verteiler

– Grosser Rat